



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXI. Flottenbau bis 1906. Haager Friedenskonferenz 1907.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXI

Flottenbau bis 1906. Saager
* Friedenskonferenz 1907 *

Flottenfrontwechsel in England	101
Die innere Notwendigkeit des Flottenbaues in Deutsch- land	105
Die deutsche Flottennovelle von 1906	109
Das liberale englische Ministerium Campbell- Bannerman	113
Einschränkung der Seerüstungen	116
Die Konferenzverhandlungen im Haag	122
Das Seekriegs- und Seebeuterecht	124
Internationale Schiedsgerichte	126

Wohl war die wegen der Marokkofrage drohende Kriegsgefahr glücklich abgewendet, aber die zwischen den Westmächten und Deutschland bestehende Spannung verringerte sich nicht. Die Marokkokrise war nur ein äußeres Anzeichen der eigentlichen Krankheit des Weltteils gewesen, die in der wachsenden Eifersucht Englands auf das wirtschaftlich und als Seemacht emporsteigende Deutsche Reich bestand. Ohne diesen tieferen Grund hätte Großbritannien auf der Algeciraskonferenz auch eine andere Lösung annehmen können. Es genügte aber, daß das Berliner Kabinett irgendeinen Vorteil anstrebte, um die englische Regierung zum Widerspruch zu reizen.

*

Flottenfrontwechsel in England

Großbritannien besaß in der Tat Grund zu peinlicher und schwerer Unruhe. Es hatte eine große Zeit durchlebt, in der es nicht bloß jeder einzelnen Macht Europas, sondern jedem nur möglichen Bündnisse gewachsen war. So stand es während des Kampfes gegen Napoleon I.; damals bot England nicht nur ihm die Spitze, sondern nach 1807 auch dem russischen Reiche, dessen Herrscher, Alexander I., im Banne des Franzosenkaisers lag. Und mehr noch: als die Briten in dem erbitterten Handelskriege gegen das europäische Festland gleichzeitig auch die nordamerikanische Republik und ihre Schifffahrt schwer schädigten, als diese ihnen 1812 den Krieg erklärte, nahmen sie auch den Kampf mit der Union auf und erwiesen durch die Einnahme Washingtons ihre Überlegenheit zu Wasser und zu Lande. Das heroische Zeitalter Großbritanniens war jedoch vorüber. Es war nicht mehr wie in dem Menschenalter nach der Losreißung der spanischen Kolonien vom Mutter-

lande die einzige große Kolonialmacht der Welt. Indessen überragte es bis 1870 jedes andere Seevolk um mehr als Haupteslänge. Erst nach dem deutsch-französischen Kriege erwuchs ihm ein Nebenbuhler nach dem andern. Das war die Folge des jahrzehntelangen Friedens, dessen sich Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches dank der Einsicht und Selbstbeherrschung Bismarcks und seiner Nachfolger erfreute. In dieser Epoche gelangten nicht bloß die Deutschen, sondern auch die Franzosen und die anderen Nationen des Festlandes zu früher niemals erreichtem Wohlstande. Da sich das Festland nicht selbst zerfleischte, konnte Albion sich nicht mehr auf seiner überragenden Höhe behaupten. Wohl machte es gleichfalls ansehnliche Fortschritte, ohne aber mehr einer Koalition gewachsen zu sein, bei der die übrigen Seevölker ihre Streitkräfte gegen England vereinigt hätten. Indessen war, wenn die britische Politik keine unentschuldbaren Fehler machte, ein Bündnis des ganzen Festlandes gegen seine Seeherrschaft nicht zu besorgen. Das war schon wegen des deutsch-französischen Gegensatzes so gut wie ausgeschlossen, wenn sich auch zur Zeit der Kongokonferenz 1885 (Band I, Seite 66) ein diplomatisches Einvernehmen Deutschlands und Frankreichs einstellte. In dieser Zeit, vor dem Eintritte Deutschlands in die Weltpolitik, hatte Großbritannien höchstens damit zu rechnen, daß sich die zwei stärksten Seefloten Europas, Frankreichs und Rußlands, zu einem Vorstoß verbanden. Insofern hatte das von diesen Mächten 1891 angebahnte Bündnis eine Spitze auch gegen die Briten. Mit Hinblick darauf pflegte Salisbury das 1887 mit Italien und Osterreich-Ungarn getroffene Einvernehmen, damit England bei der Verteidigung des Suezkanals und Konstantinopels auf Gefährten zählen könne. An Schiffen fehlte es den Briten nicht, denn bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hielten sie stets eine Flotte gerüstet, die stark genug war, um es mit den zwei nächstmächtigsten Seestaaten aufzunehmen. Es trat nicht förmlich in den mitteleuropäischen Dreibund und ebenso wenig in die französisch-russische Allianz ein und fühlte sich in seiner „glänzenden Isolierung“ sicher¹⁾.

Das war die Sachlage bis zum Burenkriege. Er brachte schon deshalb einen Wandel, weil Deutschland und die nordamerikanische Union sich zu fühlen begannen. Ohne von den Briten gestört zu werden, schritten sie an größere Schiffsbauten, und die Vereinigten Staaten

¹⁾ Dieses Wort wird von Eduard Bernstein, „Die englische Gefahr und das deutsche Volk“, Berlin 1911, S. 13 dem britischen Finanzminister Goschen zugeschrieben.

entrißen dem in Afrika beschäftigten England die Mitverfügung über den Panamakanal. Dies war jedoch nur die eine Folge des Burenkrieges. Zudem ließ der mehr als dreijährige Kampf eine Schuldenlast zurück, die für einige Jahre die Finanzkraft Englands lähmte. Die Anlehenspapiere des Staates füllten die Geldschränke der Banken und konnten erst allmählich von den großen Kapitalisten und den kleinen Sparern zu Anlagen übernommen werden. Auch wurde nach dem Friedensschlusse die Einkommensteuer wieder herabgesetzt, so daß im Staatshaushalte und besonders bei den Flottenbauten Sparsamkeit vonnöten war, sollte nicht mit einem ständigen Fehlbetrag gewirtschaftet werden. Während des Krieges waren noch genug Kriegsschiffe gebaut worden, um die Zwei-Mächte-Stärke der englischen Flotte aufrechtzuhalten. Dann aber schränkte sich Albion notgedrungen ein. Schon das konservative Kabinett Balfour mußte, wengleich widerstrebend, im letzten Jahre seines Regiments (1905) die Auslagen für die Marine von 36,9 auf 33,2 Millionen Pfund herabsetzen¹⁾. Während Deutschland und die Vereinigten Staaten dank ihrer günstigen Finanzlage ihre Flotten rüstig vermehrten, begann das Absinken der früher unbestrittenen Überlegenheit Englands zur See. Diese Umstände allein hätten ausgereicht, um England zu bestimmen, aus seiner Vereinigung herauszutreten und Bundesgenossen als Stützen seiner Seeherrschaft zu suchen. Dies führte 1902 zur Allianz mit Japan, das fortan den Russen die Einbruchsstreifen in das indische Reich Britanniens verlegte; in Europa und gegen Deutschland bot sich Frankreich als festländischer Degen, das, durch die Abkehr Rußlands nach dem Osten enttäuscht, gerne in den ihm angebotenen Bund willigte. Die erste Frucht dieser Aussaat pflückte England, als die russische Flotte in der Schlacht bei Tsushima von den Meeren verschwand. Da die eigenen Streitkräfte Albions dem Vereine der zwei nächststärksten Seestaaten nicht mehr gewachsen waren, ersetzte es den Ausfall durch Verträge und Bündnisse.

Stets wachsam, stets eifersüchtig, wie es sein mußte, um von seiner kleinen Insel die Meere des Erdkreises zu überwachen, sah England jetzt in Deutschland die Gefahr. Mit Unrecht, sofern es der deutschen Regierung finstere Pläne zur Unterwerfung Europas zuschrieb, da sie doch die augenfällige, nie wiederkehrende Gelegenheit,

¹⁾ F. W. Hirst, „The six panics and other essays“, London 1913, S. 63.

während der Kriege im Burenland und in der Mandschurei einen Schlag gegen Frankreich oder einen Vorstoß gegen die Rhein- und Scheldemündungen zu führen, aus Friedfertigkeit ungenützt ließ. Aber da der Nebenbuhler bei dem Wachstum seiner Volkszahl, seines Reichtums, des technischen Könnens und des Unternehmungsgeistes England bereits bedrängte, konnte es später einmal das kindische, prahlerische Wort Kaiser Wilhelms, der Dreizack gehöre in seine Faust, wahrzumachen versuchen. Die entfernte Gefahr schärfte die Voraussicht und das Mißtrauen der britischen Staatslenker, wie denn der Neid eines Handelsvolkes auf das andere zu den entscheidenden Tatsachen des Weltgeschehens gehört.

Auf diese Art vollzog England zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen völligen Frontwechsel. Dies kam in einer der wichtigsten Tatsachen der Marinopolitik zum Ausdruck, von der die Geschichte zu erzählen weiß. Das war die neue Verteilung der britischen Flotten auf dem Erdenrund.

Deutschlands Flottenbau war nicht der einzige Grund für den englischen Flottenfrontwechsel, der sich vielmehr als Ergebnis der gesamten Weltlage ergab; aber der nächste Anstoß zu der Maßregel kam von der Sorge vor dem Aufstieg der deutschen Nation. Wohl verfügte diese 1905 erst über ein Viertel der britischen Seemacht, da aber ihre trefflich bemannten Schiffe insgesamt in den Häfen Kiel und Wilhelmshaven im Angesicht Englands lagen, hielt auch dieses seine Mittel straff zusammen. Im Hinblick auf das Stärkeverhältnis war es Torheit oder Heuchelei, wenn die Furcht vor einem Überfall auf Altengland wachgehalten wurde. Viel eher läßt sich sagen, daß die öffentliche Meinung Großbritanniens erst durch das Zusammenziehen der ganzen englischen Schlachtflotte in den heimischen Gewässern stußig und unruhig geworden ist. Stehe es, so fragte man sich, bereits so, daß das seegewaltige England kein Geschwader mehr für Ostasien bereit habe, bloß weil es gegen Deutschland bis an die Zähne gerüstet bleiben müsse? Müsse es sich das Gesetz für seine Flottenpolitik von Deutschland auferlegen lassen? Was Ursache, was Wirkung ist, läßt sich hierbei kaum auseinanderhalten: sicher ist, daß die Umgruppierung der britischen Flotte ziemlich genau mit dem Zeitpunkte zusammenfällt, in denen durch England der Ruf ging, die Flotte Kaiser Wilhelms sei der Feind.

*

Die innere Notwendigkeit des Flotten- baues in Deutschland

Nach dem Untergang der Kriegsflotte, der größten Schöpfung der Regierung Wilhelms II., ließ sich die Austerweisheit hören, nun sei es doch klar, daß Deutschland sich von vornherein den Bau seiner Schiffe hätte ersparen können. Willfährig wurde das höhnische Wort eines Feindes des Deutschen Reiches, Winston Churchills, nachgesprochen, für Britannien sei die Kriegsflotte ein Bedürfnis, für die Deutschen ein Luxus. Nur merkwürdig, daß zur selben Zeit und auch später alle am Meere liegenden Staaten, die nordamerikanische Union voran, sich an dem Wettbewerb beteiligt haben. Im Dezember 1919 erstattete die Marineleitung der Vereinigten Staaten einen Bericht, der in der Forderung des Baues einer so starken Flotte gipfelte, daß sie auch dem stärksten Gegner gewachsen wäre. Der die Nationen seit jeher beherrschende Drang nach Seegeltung wird auch weiterhin wirksam bleiben, bis das goldene Zeitalter des ewigen Friedens allen Machtwünschen der Völker ein seliges Ende bereitet. Dann freilich ist jede Seerüstung Torheit und Frevel, während die Menschen der vorhergehenden Jahrtausende immer nur nach der Einsicht ihrer eigenen Zeit gemessen werden dürfen. Wenn also Amerikaner und Japaner, Franzosen und Russen wie alle anderen Völker zur Sicherung ihres Landes auch auf der See wehrhaft sein wollten, so konnte sich auch das Deutsche Reich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. Wohl blieb die Frage offen, wie stark die Rüstung zu sein hätte, um weder durch Überspannen der Kräfte noch durch schwächliches Zurückbleiben fehlzugehen, aber nur das Mehr oder Minder fiel unter die Aufgaben abwägender Politik. Die zwei Männer, die nach der Gründung des Deutschen Reiches aufeinanderfolgend an der Spitze der Admiralität standen, waren darin verschiedener Meinung. General Albrecht von Stosch (1871—1883) betrieb eifrig den Schiffsbau, während Leo von Caprivi (1883—1888) der Ansicht war, Deutschland habe alle seine Kräfte für den nicht zu vermeidenden Landkrieg an zwei Fronten zu sparen; der eine bestimmte den Reichstag zur Genehmigung eines umfassenderen Flottenprogramms, von dessen Ausführung der andere

Abstand nahm, so daß zur See ein Rückgang eintrat. Deshalb enthob Wilhelm II., von Eifer für die Flotte erfüllt, Caprivi schon 1888 des Amtes eines Chefs der Admiralität. Wilhelms rastloses Drängen mag den Bau der Hochseeflotte um fünf, vielleicht um zehn Jahre beschleunigt haben, aber jeder andere Herrscher hätte ähnlich nach Seegeltung gestrebt. Der beste Beweis liegt darin, daß selbst Bismarck, obwohl Zeit seines Lebens eifriger Fürsprecher europäischer Festlandspolitik und treuer Warner vor den Lockungen der Weltweite, den Flottenplänen des Kaisers zustimmte. Als Tirpitz 1897 nach Friedrichsruh kam, um des Altreichskanzlers Teilnahme zu wecken, erwiderte ihm dieser, es sei überflüssig, sich zu bemühen, da er den Bau von Kriegsschiffen ohne dies billige. Wäre Bismarck noch Kanzler gewesen, so hätte er seinen mächtigen Einfluß auch amtlich für die Flottenpläne eingesetzt, wenngleich nicht aus den ihm von Tirpitz entwickelten und von ihm abgelehnten Gesichtspunkten politischer Seeromantik. Im Völkerleben gehen die Notwendigkeiten ihren Weg mit oder gegen den Willen einzelner überragender Persönlichkeiten. Ob man nun als Hauptantrieb zum Flottenbau den edlen oder den krankhaften Ehrgeiz der Nation gelten lassen will, ob man von den Forderungen der aufstrebenden deutschen Volkswirtschaft oder von der Macht- und Habgier des Kapitalismus spricht, so stimmen diese Formeln doch in dem Punkte überein, daß nicht persönliche Gründe den Lauf der Dinge bestimmt haben, sondern Seelenvorgänge in den breiten Schichten. Wem der Kapitalismus als böser Dämon gilt, auf den das Unheil auch in diesem Falle, wie sonst in der modernen Entwicklung, zurückgeführt werden muß, der erlaubt sich einen logischen Seitensprung, wenn er einzelnen Männern, Wilhelm II. und Tirpitz, die Schuld an der Verwirrung heimißt. Ist der wirtschaftliche Unterbau das maßgebende im Weltgeschehen, so darf eine Ausnahme auch nicht gemacht werden, um einen gestürzten Herrscher und seinen hervorragendsten Minister als Verführer der Nation anzuklagen.

Indessen hätten die Sozialisten von ihrer Lehrmeinung aus noch immer das Recht zu dem Vorwurf, daß die Staatslenker sich vom völkerverheerenden Kapitalismus als Werkzeuge gebrauchen ließen. Nicht so die bürgerlichen Parteien Deutschlands, die ihre Stimme doch für die Flotte abgegeben hatten, und, solange diese kraftvoll dastand, mit der Opferwilligkeit der Nation prunkten. Die nachträgliche Ableugnung der Verantwortlichkeit entlastet sie nicht, sondern beweist nur ihre innere Haltlosigkeit. Aufschluß darüber und die Belege finden

wir in den Verhandlungen des Reichstages und anderer Körperschaften. Man überblickt hier die Reihenfolge, in der die politischen und die wirtschaftlichen Gruppen sich in den Dienst der Kriegsmarine stellten. Von Anfang an wirkten Großindustrie und Großhandel für den Flottenbau, aus dem sie näher oder entfernt Vorteil zogen; daher die bedeutenden, dem Flottenverein behufs Wirken auf die öffentliche Meinung zur Verfügung gestellten Geldmittel. Deshalb war auch die nationalliberale Partei als politischer Ausdruck dieser Interessen die beste Stütze des Admirals Tirpitz. Auch in den Konservativen lebte ein starkes Gefühl für nationales Machtstreben, aber bei ihnen gab es eine Gegenströmung der ausschließlich agrarischen Kreise, die sich gegen die Vorherrschaft der Seeinteressen sträubten; darauf weist das Wort des Abgeordneten Hahn von der „gräßlichen Flotte“ hin. Ähnlich stand es im Zentrum, aber nach anfänglichem Widerstreben, namentlich der bayerischen Mitglieder, bekannte sich die Partei bald insgesamt zum Flottenprogramm; Erzberger stellte sich Tirpitz förmlich zur Verfügung. Ebenso früh erlahmte der Einspruch unter den Freisinnigen. Eugen Richter zwar war nicht zu überzeugen; Rickert und Barth jedoch lehnten sich gegen ihn auf, das Auseinanderbrechen der Partei hatte darin seine Ursachen. Von 1906 an, dem Todesjahre Richters, stimmte die Fortschrittspartei geschlossen für alle Flottenvorlagen, oft unter lebhaften Rundgebungen für Tirpitz, der durch verbindlichen persönlichen Verkehr, dann durch die für die Parlamentarier veranstalteten See- und Hafenrundfahrten den Reichstag zu bearbeiten verstand. Als der Abgeordnete Strube, später der erbitterte Gegner des Marineministers, 1908 das Zurückbleiben im Bau von Unterseebooten tadelte, geschah es mit der ausdrücklichen Begründung, auch seiner Partei liege der Bau einer mächtigen Flotte am Herzen, wenn sie auch mitunter andere Wege zum Ziel empfehle. Noch während des Weltkrieges, als der Kampf um den Verständigungsfrieden entbrannte und Tirpitz der bei den Freisinnigen bestgehaßte Mann war, leitete Naumann seine Kampfrede mit der Anerkennung der Verdienste des ehemaligen Marineministers um den Flottenbau ein, bei dem er selbst dem Admiral zur Seite gestanden habe. Die Liberalen und nicht die rechte Seite des Reichstages galten bis 1914 als Träger der Flottenpolitik¹⁾. Auch in der Fortschrittspartei erhob sich von 1906 bis 1918 nicht eine Stimme gegen den Wert einer starken Kriegsmarine.

¹⁾ Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 493.

Die Haltung der Sozialdemokraten bildet ein eigenes Kapitel. Sie stimmten grundsätzlich gegen alle militärischen Forderungen und aus ihren Reden ergoß sich ein ununterbrochener Hohn über das angebliche Spielzeug Wilhelms II. Indessen war dies oft nur ein Scheingefecht, denn die Partei verschloß sich nicht den maritimen Notwendigkeiten, was sich darin zeigte, daß sie bei Schlußabstimmungen über Flottenvorlagen nicht selten auf eine Debatte verzichtete. So bei der dritten Beratung der zwei Flottennovellen von 1906 und 1912, so auch 1909, als in Deutschland allgemeine Erregung darüber herrschte, daß die britische Regierung ihr Volk in die Flottenpanik hineinjagte. Damals empfahl der Obmann des Budgetausschusses, der konservative Freiherr von Gamp, als würdigste Antwort die wortlose Annahme des Flottenvoranschlags und sprach darüber zuerst mit dem Führer der Sozialdemokraten, Paul Singer. Dessen Partei erklärte sich einverstanden; darauf traten ohne weiteres auch die anderen Fraktionen bei¹⁾. So stark war die Empfindung, daß Deutschland sich gegen den englischen Imperialismus zur Wehr setzen müsse.

Erst nach der Niederlage der deutschen Seemacht ging durch Deutschland der Ruf, der Kaiser und Tirpitz seien die Versucher und die Abgeordneten die hintergangenen armen Sünder gewesen. Die sich auf diese Art als Opfer eines faulen Zaubers hinstellten, bekannten sich selbst als urteillos und zurechnungsunfähig. Es war im Jahrzehnt vor dem Weltkriege allgemein bekannt, daß alle Briten ohne Ausnahme den deutschen Flottenbau mit Bitterkeit verfolgten, daß infolgedessen die Beziehungen der zwei Nationen getrübt seien. Wer also für jede der Flottenvorlagen stimmte, mußte sich über die Folgen klar sein. Der Historiker kann es sich in den meisten Fällen ersparen, auf Torheit und Schwäche im Parteileben einzugehen; wenn sie sich aber so breit in die Quere legen wie diesmal, ist er wider Willen zum Verweilen genötigt. Die Demokraten und die Klerikalen haben, so oft von der Verantwortlichkeit für den Flottenbau gesprochen wird, bescheiden zu schweigen, wenn sie es nicht vorziehen, sich auf das fortreißende Verlangen der Nation zu berufen²⁾.

¹⁾ So Freiherr v. Gamp in dem Aufsatz des „Großen Deutschland“ vom 19. Juni 1918.

²⁾ Das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ stellten nach dem Weltkriege den Flottenbau fortgesetzt als den Grundfehler der deutschen Politik hin, klagten die Marineleitung leidenschaftlich der Verblendung an, verschwiegen aber sorgfältig, daß sie

Die deutsche Flottennovelle von 1906

Unter allen Umständen wäre 1906 eine Novelle zum Flottengesetz eingebracht worden, da der Reichstag 1900 wohl dem Programm für die Schlachtflotte zugestimmt, aber das Eingehen auf den Bau großer Kreuzer für einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben hatte (Band I, Seite 244). Das ward jetzt nachgeholt, der Bau von sechs Panzerkreuzern im Reichstage grundsätzlich beschlossen.

Das war aber nicht die Hauptsache. Wichtiger war, daß inzwischen England zum Bau von Dreadnoughts übergegangen war, also von Riesenschiffen mit sechs statt mit zwei Geschütztürmen mit einer Panzerung von über 28 Zentimeter Dicke. Sollte sich Deutschland auch auf diesen Wettbewerb einlassen? Dann mußten nicht bloß die Werften erweitert, sondern auch der Nordostseekanal verbreitert und vertieft werden. Das waren Auslagen, durch die sich Deutschland kühnlich Britannien an die Seite setzte. Für die öffentliche Meinung in Deutschland war es entscheidend, daß England im Marokkstreit von 1905 und auf der Algeciraskonferenz den Deutschen unerwartet heftige Feindseligkeit gezeigt hatte. Das wirkte wie ein Sporn in die Seiten eines Renners, und die bürgerlichen Parteien bewilligten einmütig die erforderlichen Summen.

Damit trat der Reichstag dem 1900 in der Denkschrift des Marineamtes verkündigten Grundsatz bei, Deutschland müsse eine so starke und ihre Partei den Vorschlägen der Regierung jedesmal zugestimmt hatten. Sie warnten zwar vor dem Übermaß an Bauten und empfahlen die Verständigung mit England, aber mit der Schaffung der Flotte erklärten sie sich einverstanden. All dies gilt auch von L. Persius, Marinemitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, der den Kaiser und Tirpitz nach dem Kriege mit Schimpf und Hohn überschüttete (vgl. seine Schrift, „Die Tirpitzlegende“ in „Der Tag des Deutschen“). Früher findet man seine zustimmenden Flottenartikel auch in den alldeutschen Blättern („Tägliche Rundschau“ vom 3. Juni 1910, „Kreuzzeitung“ vom 2. Juli 1910); seine Flottenrundschaue erschienen im „Tag“; selbst der Kalender des Flottenvereins für 1910 brachte einen Aufsatz, in welchem Persius für den Neubau von fünf Kreuzern an Stelle der bereits veralteten schrieb. In vielen Artikeln ist England die Schuld am Wettrennen zugeschrieben, indem es mit dem Bau der Dreadnoughts voranging. Das ging so bis zum Krieg; von seinen früheren, den Kaiser lobpreisenden und die Flottennovelle von 1912 empfehlenden Artikeln im „Berliner Tageblatt“ wird noch die Rede sein. Dann kam die Katastrophe, nach der Persius alles Frühere verleugnete und die Urheber des Flottenbaues wie Verbrecher behandelte.

Schlachtflotte besitzen, daß Großbritannien im Falle eines Krieges, selbst wenn es ihn siegreich führe, furchtbare Verluste zu besorgen hätte; und da das meerbeherrschende Land, nach einer derartigen Einbuße, nicht mehr über den früheren Vorrang unter den Seemächten verfügen würde, werde es sich vor einem Angriffe auf Deutschland hüten. Dieser „Risikogedanke“, dem Geiste Tirpitz' entsprungen, später vertieft und verschärft, schmeichelte dem deutschen Nationalstolz, kam aber auch den Friedenswünschen der erwerbenden Klassen entgegen; man bezahlte also mit dem Flottenbudget nur die Versicherungsprämie für die Erhaltung des Friedens. Indessen war das Ganze nur ein lockeres Ideengeschäft; lehrte doch die Erfahrung, daß Großbritannien nicht einen Augenblick zögerte, loszuschlagen, sobald Deutschland im Osten und im Westen in einen Landkrieg verwickelt war. Darin dachte Grey, wie wir sehen werden, ebenso wie die Konservativen. Denn England lief nach ihrer aller Ansicht dieselbe Gefahr, ob es nun mit gekreuzten Armen zusah, wie das Deutsche Reich seiner Flotte in den Jahren des Friedens den Vorrang abließ, oder ob es sich auf einen noch so gefährlichen Seekrieg einließ. Voraussichtiger als Tirpitz urteilte darüber Uehrenthal, der zur Zeit der bosnischen Krisis zu einem Freunde sagte: „Ein Staat wie England stirbt nicht, ohne zuvor einen großen Krieg geführt zu haben.“

Ob man nun die Richtigkeit des Risikogedankens gelten läßt oder nicht, jedenfalls war von der deutschen Regierung schon 1900 mit vorausschauender Klugheit alles getan, um das Parlament auf den Ausbau der Schlachtflotte festzulegen. Das Gesetz von 1900 ordnete innerhalb siebzehn Jahren die Fertigstellung von vier Geschwadern zu je acht Linienschiffen und dazu zweier Flaggschiffe an, also zusammen von 34 Schlachtschiffen. Wohl war dem Reichstag die jährliche Bewilligung der Summen vorbehalten, doch hatte er sich durch das Flottenprogramm auch darin selbst gebunden. Durfte er später kargen, wenn die Fortschritte im Geschützwesen, in der Panzerung und Ausrüstung zu neuen Auslagen drängten? Unzureichende, dem Tode geweihte Schiffe zu bauen wäre schlimmer gewesen als der vollständige Rücktritt vom Gesetze: und zu solchem Verzicht hätte die deutsche Regierung nie ihre Einwilligung gegeben. Dazu kam ein anderes. Die 1900 beschlossene Organisation ging nicht von einzelnen Schiffen, sondern vom Geschwader aus. Das war eine Gliederung, vergleichbar mit der der Landarmeen in Heeresgruppen und Armeekorps. In den Revo-

lutionskriegen schuf die französische Heeresleitung mit Carnot an der Spitze die durchgängige Einteilung der Truppen in Korps, Divisionen, Brigaden, bei der das Wesentliche ist, daß jeder Heereskörper von vornherein eine schlagkräftige Kampfeinheit bildet, innerhalb deren das richtige Verhältnis zwischen Infanterie, Kavallerie, Artillerie und technischen Truppen besteht, so daß jede für sich dem Feinde entgegen treten kann. Vor der Revolution hatte eine derartige Kraftgruppe für einen bestimmten Kriegszweck jedesmal erst gebildet werden müssen. Ähnlich also wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts — zuerst in der deutschen Flotte — das Geschwader als Kampfeinheit zusammengestellt. Auf Grund der bei den Übungen gewonnenen Erfahrung, daß ein Befehlshaber nicht mehr als acht Panzerschiffe lenken könne, wurde eben diese Macht zugrunde gelegt; sie und die entsprechende Zahl von Torpedoschiffen, Tauchbooten und sonstigen Fahrzeugen standen unter einheitlichem Befehl. Bei der Flotte muß auf das genaueste Zusammenarbeiten im Manövrieren geachtet werden. Sind die Schiffe des Geschwaders nicht im Fahren miteinander sorgfältig eingeübt, so drohen Zusammenstöße, ein Unheil, noch größer, als wenn zu Lande die Kolonnen beim Anmarsch zur Schlacht sich kreuzen und behindern. Schon früher gab es in England und auch sonst Ansätze zur Geschwaderbildung, doch erst in lockerer Organisation. Es spricht für den militärischen Sinn der Deutschen, daß sie den Briten in der modernen Taktik der Schlachtflotte vorangegangen sind.

Daran hatte Tirpitz wichtigen Anteil. Er hatte als Leiter der Torpedoflotte begonnen und überhaupt eine gründliche technische Ausbildung erworben; dann wurde er Stabschef der Hochseeflotte, als der er mit seinen Gefährten die Schiffstaktik schaffen half. Vor allem ragt er jedoch als Organisator hervor. Der fortschreitende Flottenbau machte die Anlage von Werften und Häfen erforderlich; in der Technik, Bestückung und Ausrüstung der Schiffe stand das Marineamt vor einem Labyrinth verschiedenster Aufgaben; vielleicht das wichtigste aber war die Ausbildung eines tüchtigen Offizierkorps. Alles war neu zu schaffen. Wohl wurde nicht selten Lehrgeld bezahlt, aber im ganzen klappte in der jüngsten Marine des Erdballs das Räderwerk bewunderungswürdig. Überraschend war auch, wie Tirpitz die öffentliche Meinung zu bearbeiten, die Presse durch größere und kleinere Gefälligkeiten zu gewinnen verstand. Der 1898 gegründete Flottenverein diente als Vortrab, der ausschwärmen mußte, wenn das Marineamt nicht selbst

eingreifen mochte; er zählte 1914 bereits 333 574 Einzelmitglieder und umschloß auch zahlreiche andere Vereine, durch die der Flottensache mittelbar 780 054 Personen zugeführt waren. Das Marineministerium besaß auch Abteilungen für Handelspolitik, Finanzwesen und andere Zweige, durch die Tirpitz über die Vorgänge auf dem ganzen Erdenrund auf dem laufenden blieb. In dem vorzüglich geleiteten „Jahrbuch für Seeinteressen“ wurde das Ergebnis dieser Studien für die Öffentlichkeit fruchtbringend niedergelegt; demselben Zwecke diente die „Marinerundschau“. So ward die Teilnahme der Nation für die Seeschifffahrt in Atem gehalten.

Sorgsam mußte abgewogen werden, für wieviel Schiffe, eingerechnet die Ausbesserungen, die Werften reichten. Nach den bewilligten Summen, aber auch nach dem Fassungsraume der Docks richtete sich die Zahl der jährlich auf Kiel zu legenden Einheiten. Durchschnittlich waren es jährlich drei Linienschiffe, aber zeitweise nur zwei, von 1908 bis 1911 vier Schiffe. Mitunter mußte sich Tirpitz gegen das hitzige Drängen des Kaisers wehren, mehr in Angriff zu nehmen, als gebaut werden konnte. Es war gut, daß das „Dreiertempo“ nicht im Gesetz festgelegt worden war, es hätte nicht immer eingehalten werden können. Der Flottenplan von 1900 war eine wohlüberlegte organische Einheit, aus der sich nicht leicht etwas ohne Schaden fürs Ganze herausbrechen ließ. Die Geschwaderformation bot nicht bloß seetaktische Vorteile, sondern diente auch dem jährlichen Durchlotzen des Budgets im Parlament. Darauf ist auch die Zähigkeit zurückzuführen, mit welcher der Kaiser und Tirpitz sich gegen das Unsinnen Englands auf Abgehen vom Flottengesetz sträubten. Sie wollten nicht an den Talisman rühren lassen, der sowohl gegen den Feind zur See als auch gegen parlamentarische Stürme Schutz bot¹⁾.

¹⁾ Über alle diese Verhältnisse handeln die „Erinnerungen“ von Tirpitz ohne Ruhmredigkeit und mit nicht zu überbietender Klarheit. Dazu A. v. Hassel, „Alfred von Tirpitz, Sein Leben und Wirken“, Stuttgart 1920; E. Graf von Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik“, 1. Aufl. Berlin 1914, 4. Aufl. Berlin 1916, und desselben Verfassers „Deutschland zur See“ Berlin 1914; Kapitän v. Selchow, „Weltkrieg und Flotte“, Berlin 1916.

*

Das liberale englische Ministerium Campbell-Bannerman

Das Anwachsen des deutschen Außenhandels wie der deutschen Kriegsflotte hatten schon das konservative englische Ministerium zu scharfer Abwehr veranlaßt; die auswärtige und die Flottenpolitik Großbritanniens war von diesem Gesichtspunkte geleitet. Als nun die konservativ-unionistische Regierung durch Chamberlains Feldzug für den Schutzoll erschüttert wurde und im Dezember 1905 zusammenbrach, schien es, als ob freundlichere Lüfte nördlich vom Kanal wehten. Denn die jetzt ans Ruder kommende liberale Partei schloß in ihrem radikalen linken Flügel entschiedene Friedensfreunde und Gegner des Imperialismus in sich, die mit ihr verbündete Arbeiterpartei hegte dieselbe Gesinnung. Und durch die Arbeiter errangen die Liberalen den entscheidenden Sieg bei den allgemeinen Wahlen vom Januar 1906. Diesmal zuerst ging der vierte Stand als geschlossene Partei in den Wahlkampf. Bei den Wahlen von 1895 und 1900 hatten die Arbeiter nicht einheitlich, sondern zum Teil für die Liberalen, zum Teil für die Konservativen gestimmt, neben denen die Sozialisten eine ganz kleine Gruppe bildeten. Das Proletariat wollte aber nicht länger das Anhängsel der zwei bürgerlichen Parteien sein. Im Jahre 1903 vereinigten sich drei Gruppen, die unabhängige Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und die Fabier zu einer Gemeinschaft, die sich die Partei der Arbeit (Labour Party) nannte; nur die sozialdemokratische Fraktion hielt sich abseits. Mit dieser letzteren flogen aber nur Splitter des Proletariats von dem neuen Bunde ab, der unter Führung Keir Hardies und Macdonalds eine politische Macht war. Damit war die Kräfteverteilung im neuen Parlament gegeben.

Die Januarwahlen 1906 brachten den vereinigten Parteien des liberalen Mittelstandes und der Arbeit einen glänzenden Sieg, wie sie ihn selbst kaum erhofft hatten. Die Liberalen allein zählten 376 unter 570 Abgeordneten, hatten also schon für sich die Mehrheit, sie erhielten noch durch die 40 Mitglieder der Arbeiterpartei eine Verstärkung. Auch konnten sie in vielen Fällen auf die 83 irischen Nationalisten zählen, da Selbstregierung für Irland auch im Programm der

liberalen Regierung stand. Die Opposition zählte bloß 157 Stimmen, die nur einig waren im Gegensatz zu Homerule, aber noch durch Jahre geschieden in der Frage des Schutzzolls. Chamberlain wurde zwar in Birmingham gewählt, aber seine Gesundheit hatte durch die Anstrengungen des Feldzuges für den Schutzzoll schwer gelitten, und bald darauf war seine Kraft so gebrochen, daß er, ein Schatten seiner selbst, gänzlich vom Schauplatz abtrat.

Der Umschwung hatte nun zwar für das innere Leben des Staates Bedeutung; die äußere Politik aber wurde durch ihn kaum berührt. Zwischen den Konservativen und den eigentlichen Liberalen bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Seeherrschaft Englands unbedingt aufrechtzuhalten sei. Demgegenüber kam es nur nebenher in Betracht, daß die Arbeiterpartei und der linke Flügel der Liberalen sich gegen dieses Dogma Rezereien herausnahmen, denn es geschah bloß kritisch und einschränkend, nicht aus einem festen Grundsatz. Die bisherige Bündnispolitik Englands fand bei der neuen Mehrheit schon deshalb besonderen Beifall, weil die Liberalen dem demokratischen Frankreich innerlich näherstanden als die Konservativen und einen Teil seiner Einrichtungen auf ihr eigenes Land übertragen wollten. Man teilte die eigentlichen Liberalen in Imperialisten und in die ältere Schule, von ihren Gegnern spöttisch Kleinengländer genannt; doch lag der Unterschied zwischen ihnen nicht in den Zielen, nur in den Mitteln. Die Altliberalen, an deren Spitze der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman stand, rieten zum Maßhalten, zu friedlichem Austrag der Streitigkeiten mit den fremden Nationen, zur Verringerung der militärischen Ausgaben, wogegen den Imperialisten — darin mit den Konservativen völlig einig — die Ausdehnung des Reiches als Vermächtnis der Schöpfer der Größe Englands galt. Campbell-Bannerman wiederholte als Schüler Gladstones mit Vorliebe den Satz, die Staaten sollten in ihrer äußeren Politik ebenso durch die Gebote der Moral geleitet werden wie die einzelnen Menschen im Privatleben. Der Premierminister war das Muster eines guten Bürgers und nahm es mit seinen Grundsätzen so ernst wie sein Meister. Aber wie diesem beim Besetzen und Festhalten Ägyptens die sittliche Forderung verblaßt war, so drückte Campbell-Bannerman ein Auge zu, als bei dem an den Buren begangenen Völkerrechtsbruch Chamberlain und Rhodes ihre schuldigen Häupter aus der Schlinge zogen (Band I, Seite 285). Persönlich allem Unrecht abhold, ließ er die Imperialisten gewähren, wenn

sie an der Erweiterung des Weltreichs arbeiteten. Das war auch die Stimmung, die im mittleren und im kleinen Bürgertum vorwaltete; am lebhaftesten setzten sich für die sittlich-religiöse Lösung aller Lebensfragen die Dissenters ein, die Angehörigen der protestantischen Sekten. Im Kabinett waren der Lordkanzler Loreburn (früher Sir Thomas Reid) und John Morley, der Staatssekretär für Indien, mit besonderem Nachdruck in friedlichem Sinne tätig.

Angern sah Eduard VII. die Liberalen zur Macht gelangen, da er in ihnen ein Hindernis seiner äußeren Politik erblickte. Indessen fanden drei Imperialisten Aufnahme in die neue Regierung, der Staatssekretär für das Äußere Grey, der Schatzkanzler Asquith und der Kriegsminister Haldane. Besonderen Wert legte der König auf Greys Bestellung zum Minister des Äußeren und bot dafür seinen ganzen Einfluß auf. Für Eduard VII. war Deutschland, seitdem es die Handels Herrschaft Britanniens in Frage stellte, der Feind. Da dessen Aufschwung im Schatten des Friedens am besten vor sich ging, war es für die Imperialisten nicht entscheidend, ob Wilhelm II. und seine Minister ehrliche Friedensfreunde waren oder nicht; denn während des Friedens steigerte sich der von Deutschland auf die britische Volkswirtschaft geübte Druck und gleichzeitig ging der Bau der deutschen Kriegsflotte rüstig vonstatten. Auch Grey und seinen Gesinnungsgenossen wäre es lieber gewesen, den Seerüstungen durch Verträge Schranken zu setzen; letzten Endes aber machten sie sich auf einen Krieg gefaßt. Einige Jahre später war in englischen Blättern zu lesen, welche Antwort kurze Zeit nach Bildung des liberalen Ministeriums der Bruder Greys auf die Frage gegeben hatte, wie der Staatssekretär des Äußeren über die Lage denke; sie lautete, Edward spreche fast nie über die äußere Politik, doch so viel habe er durchblicken lassen, daß er nicht einsehe, wie sich der Krieg mit Deutschland werde vermeiden lassen. Nicht daß Grey den blutigen Zusammenstoß gewünscht hätte oder ihn herbeiführen wollte; wer aber so dachte, mußte auf dem weiten Erdenrund Bundesgenossen für den unabwendbaren Kampf werben.

Grey war der Mann des Königs schon zu der Zeit gewesen, da er 1892 bis 1895 als Unterstaatssekretär für das Äußere in den Kabinetten Gladstone und Rosebery wirkte. Trotz dieser amtlichen Vorbereitung trat er 1905 mit unzureichendem geistigen Rüstzeug an die Spitze des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Er war niemals auf dem Festlande gewesen und kannte die französische Sprache nicht

so weit, um in ihr ein Gespräch führen zu können. Somit benötigte er, bis er sich eingearbeitet hatte, was nach einigen Jahren auch der Fall war, einen geschäftskundigen Gehilfen. Unter dem englischen Minister des Äußeren dienen immer zwei Unterstaatssekretäre, ein parlamentarischer und ein ständiger. Dem ersteren winkt, wenn er sich bewährt, eine glänzende Laufbahn innerhalb der Regierung, während der andere gewöhnlich mit seinem Posten abschließt. Diesmal mußte der ständige Unterstaatssekretär besonders sorgfältig ausgesucht werden, um Grey entsprechend zu ergänzen. Dieser bot die Stelle dem Botschafter in Petersburg, Sir Charles Hardinge, an, der ein gewisses Opfer brachte, als er sich zum Gehilfen im Ministerium ernennen ließ. Die Selbstentäußerung wurde indessen dadurch gelohnt, daß er 1910 das Amt des Vizekönigs von Indien erhielt. Hardinge war ein erfahrener Diplomat, brachte als Sproß einer vornehmen Familie gewinnende gesellschaftliche Formen ins Amt mit und verband Umsicht mit Ruhe und Mäßigung. Er stand dem König, den er auf Reisen zu begleiten pflegte, anfangs näher als Grey und galt für die Seele der äußeren Politik, bis der Minister mit der Zeit die Zügel an sich zog.

*

E i n s c h r ä n k u n g d e r S e e r ü s t u n g e n

Da die englische Regierung, beeinflusst durch die Lage der Finanzen und durch die Rücksicht auf die starke Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament, die nichts von vermehrten Rüstungen hören wollte, dagegen nach dem Muster Deutschlands auf die staatliche Alters- und Invalidenversorgung drang, von stärkeren Seerüstungen Abstand nahm, sann sie auf Mittel, um den Ausgleich herzustellen. Wenn dabei immer nur die Schiffsbauten Deutschlands als Schreckbild verwendet wurden, so war dies, wenn nicht eine Irreführung des Volkes, so doch eine Selbsttäuschung. Denn die Vereinigten Staaten und Japan rüsteten ebenso stark; nur stach die größere Nähe Deutschlands und seine mustergültige Organisation mehr in die Augen, besonders aber der letztere Umstand, der es den Deutschen ermöglichte, mit geringeren Geldmitteln als Britannien mehr für seine Flotte zu leisten als die ältere Seemacht

trotz ihren größeren Erfahrungen. Es gab zwei Methoden, um dem wundervollen Aufschwung der deutschen Nation gegenüber das Gleichgewicht herzustellen. Die eine war ein internationales Abkommen, um auf der ganzen Erde das Innehalten in den Seerüstungen herbeizuführen, die andere bestand in dem Ausbau der Bündnisse Englands, durch die der Nebenbuhler in Schranken gehalten werden konnte.

Es spricht für den politischen Genius der britischen Nation, daß ihre Staatsmänner das eine wie das andere Mittel geschickt handhabten, daß sie sich je nach Anlagen und Neigungen bei der Erreichung des gemeinsamen Zieles gegenseitig ergänzten. Das Ministerium verfügte in seinem pazifistischen Präsidenten und einigen seiner Amtsgenossen auf der einen Seite, in den Imperialisten Grey, Asquith und Haldane andererseits über die Männer, die sich in die Arbeit teilten. Über ihnen stand König Eduard, der seine diplomatische Kunst nach Bedarf dem einen wie dem andern Zwecke lieh. Während der Marokkokrise war er der König einer stolzen Nation, der den französischen Ministern, besonders Delcassé, Mut zum Widerstande gegen Deutschland einflößte; jetzt aber blies er, um das Innehalten in den Seerüstungen zu erzielen, die Friedensschalmei. Zwei Jahre lang, von 1904 an, hatte er mit dem deutschen Kaiser keine Begegnung gehabt, sondern lieber in Paris Delcassé zum Frühstück eingeladen; im August 1906 machte er Wilhelm II. auf Schloß Friedrichsruhe im Taunus einen Besuch, um, wie es heißt, seinen Neffen zu einem Abkommen über die Flottenstärken und zum Abgehen von dem Schiffsbauplan von 1900 zu bestimmen.

Besser sind wir über die Reise des englischen Kriegsministers Haldane nach Berlin im Herbst 1906 unterrichtet, durch ihn selbst, da er während des Weltkrieges das Bedürfnis fühlte, sich gegen den von seinen Gegnern in England erhobenen Vorwurf zu verteidigen, er habe den Kriegswillen Kaiser Wilhelms nicht durchschaut und das englische Landheer nicht auf die erforderliche Höhe gebracht. Deshalb wurde nach seinen Angaben, wenn nicht unter seinem Diktat, 1916 eine Geschichte seiner Tätigkeit als Kriegsminister wie seiner zwei 1906 und 1912 nach Berlin unternommenen Reisen veröffentlicht¹⁾.

¹⁾ Harold Begbie, „The vindication of England“, London 1916, S. 110 ff. Haldane bescheinigte dem Verfasser (S. 97), daß dessen Schilderung „in keinem Punkte ungenau ist“. Das beweist auch die Schilderung, die Viscount Haldane selbst in seinem 1920 bei Cassell and Co. erschienenen Buche „Before the war“ von seiner Politik und seinen Beobachtungen in Berlin 1906 und 1912 gibt. Aus diesem Grunde und da Friedjung die früheren

Darin läßt sich Haldane wohl als Friedensfreund, aber als einer der Träger der Rüstungspolitik gegen Deutschland schildern. Es wird erzählt, wie er durch seine Reden, so durch eine in deutscher Sprache vor den Deutschen Londons, das Vertrauen des Berliner Kabinetts gewann. Unterdessen war er bemüht, die Mängel der Mobilisierung des Landheeres zu beseitigen, oder, wie sich sein Lobredner ausdrückt, „dem Moltkeismus durch den Moltkeismus zu begegnen“. „Sein Ziel war, (durch seine Reden) die deutsche Empfindlichkeit zu besänftigen, während er und seine Generäle Tag und Nacht daran arbeiteten, um die Armee aus dem Zustand von Chaos und Schwäche emporzuheben. Die weisen, staatsmännischen und maßvollen Reden erregten in Deutschland Aufmerksamkeit...“ Kaiser Wilhelm lud ihn daher ein, im September 1906 nach Berlin zu den Truppenübungen zu kommen, und empfing ihn mit allen Ehren, er durfte sich mit seinem Begleiter Oberst Ellison Tag für Tag im Hause des Generalstabes einstellen und erhielt hier alle gewünschten Aufschlüsse¹⁾. „Der Chef des Generalstabes, von Moltke, war gegenüber den zwei Vertretern Englands vollständig offen und ließ sie nicht nur den Mechanismus der deutschen Kriegsmaschine sehen, sondern besprach mit Lord Haldane ohne Bitterkeit die politische Lage²⁾... Das Ergebnis des Besuches war ein Britannien erwiesener Dienst. In erster Linie gab er uns Zeit, die Armee aus ihrem Zustand von ‚Chaos und Schwäche‘ zu befreien, dann verschaffte er den zwei Vertretern des Landes höchst wertvolle Ideen zur besseren Einrichtung des englischen Kriegsministeriums und verhalf auch dazu, in viel bessere Beziehungen mit Deutschland zu treten.“ Nach der ausführlichen Darstellung des Buches von Begbie erscheint Kaiser Wilhelm offenherzig, dabei etwas prahlerisch³⁾, Moltke vertrauensvoll und als Mann von

Publikationen Haldanes über dessen Verhandlungen in Berlin 1906 und 1912 kannte, wird hier die Darstellung Friedjungs nur durch einige Zitate aus dem Buche Haldanes ergänzt.

¹⁾ Haldane bemerkt l. c. 23, Anm.: „Of course I neither tried to obtain nor did obtain from the authorities in Germany any information that was not available to the general public there.“

²⁾ Nach Haldane l. c. (28) äußerte sich Moltke über einen englisch-deutschen Krieg dahin: „It would be in his opinion a long and possibly indecisive war, and must result in much of the overseas trade of both countries passing to a tertius gaudens, by which he meant the United States.“

³⁾ Haldane erzählt (l. c. 36), der Kaiser habe ihm im Verlaufe der Manöver im Hinblick auf die Truppen gesagt: „A splendid machine I have in this army, Mr. Haldane, now isn't it so?“ und hinzugefügt: „And what could I do without it, situated as I am between

religiöser Gesinnung, Haldane dagegen als scharfer Beobachter, berechnend und hinterhältig. Die Deutschen sind so unvorsichtig, sich aushorchen zu lassen, was sich Haldane nicht entgehen läßt und dessen er sich vor seinen Landsleuten rühmt. Selbst wenn man Schlüsse auf die Unterschiede des englischen und des deutschen Charakters zieht, ist doch kein Grund, an der Treue des Selbstbildnisses Haldanes zu zweifeln.

Während der englische Kriegsminister sich von den friedlichen Absichten der deutschen Regierung überzeigte, der König und der Staatssekretär des Auseren, wie wir noch hören werden, auf dem ganzen Erdenrund Bundesgenossen gegen die Herrschaftspläne Deutschlands warben, bildete der Premierminister den Mittelpunkt der auf Abrüstung hinzielenden Unterhandlungen. Ohne Zweifel würde es allen Staaten zum Vorteil gereicht haben, wenn die für Kriegsschiffe in Anspruch genommenen Summen Friedenswerken zugewendet worden wären. Der Löwenanteil jedoch wäre England zugefallen, denn es blieb, wenn alle Nationen ohne Ausnahme die Seerüstungen in demselben Verhältnisse verminderten, die herrschende Macht. Neue finanzielle Anstrengungen waren dann nicht notwendig. Die russische Kriegsflotte war zerstört, die deutsche erst im Werden, die französische im Rückgange; auf europäischem Boden wenigstens stand Britannien in gesicherter Größe da. Bündnisse sind zur Ergänzung der eigenen Kraft von Wert, bieten jedoch bei ihrer Brüchigkeit für sich allein nicht ausreichende Sicherheit. Dagegen war die Erhaltung der Obermacht zur See die beste Bürgschaft der Macht und des Gedeihens Albions.

So deckte sich der Vorteil Englands mit den Friedensbedürfnissen der Welt, was ihm eine international günstige Stellung einbrachte. Diese Erwägungen trafen sich wie im Schnittpunkt im Geiste des englischen Premiers. Es war Campbell-Bannermans Hochziel, während seines Waltens an dieser Stelle, der Welt Abrüstung und Friedensverträge zu bringen. Deshalb betrieb er mit redlichem Ernst die Vorbereitungen zur zweiten Friedenskonferenz, die für den Juni 1907 nach dem Haag einberufen wurde. Er veröffentlichte im März des Jahres in der „Nation“ einen darauf hinzielenden Aufsatz. Darin sprach er die Ansicht aus, niemand auf der Erde könne glauben, daß England seine Obermacht zur See je anders als zu Friedenszwecken benützen werde; die britischen Flotten trügen keine Drohung in die Welt, sondern die

the Russians and the French? But the French are your allies — are they not? So I beg pardon.”

Botschaft herzlichen und guten Willens. Im Niederschreiben vergaß der wohlmeinende Mann, daß er selbst während des Kampfes mit den Buren die Regierung seines Landes angeklagt hatte, einen ungerechten Krieg angezettelt zu haben; auch alle Feldzüge Englands in den letzten dreißig Jahren, so der um Ägypten und um den Sudan, waren zu Zwecken der Eroberung geführt worden, die nur gelingen konnte, weil es über eine große Flotte verfügte.

Überhaupt barg der Gedanke, die anderen Staaten zu vertragsmäßiger Anerkennung englischer Seeherrschaft zu bestimmen, einen Widerspruch in sich. Wohl läßt sich die Gleichberechtigung der Nationen leicht in Friedensartikel fassen; dagegen muß die Herrschaft eines Staates Tag für Tag durch neue Anstrengungen erstritten werden. Den Charakter des britischen Reiches hat der ideenreiche Schwede Kjellén so umrissen, daß er sagte, England sei „eine reine Eroberungsmonarchie, die letzte und größte in einer Linie, die mit der assyrischen Herrschaft im Altertum beginnt und erst kürzlich mit der gestürzten russischen endete¹⁾.“ Einschränkend fügte er hinzu: „Englands Herrschaft auf dem Ozean ist kein leerer Machtanspruch, keine Präntension in aggressiver Richtung: sie hat defensiven Charakter, als Lebensprozeß seines eigenen bestehenden Reiches. Wer an diesem Meere rührt, der rührt direkt an diesem Reiche; denn er bedroht seine inneren Verbindungen. Das britische Imperium kann nicht ohne die Macht auf dem Meere bestehen und noch weniger Greater Britain. Die Freiheit des Meeres — die große gemeinsame Forderung der Menschheit — ist Englands Tod. Als Herr der Welt kann es bestehen, sonst auf die Dauer nicht.“

Wenn sich Campbell-Bannerman über den unauslöschlichen Stempel der Gewalt, welcher der Stellung Englands in der Welt aufgeprägt ist, einer Täuschung hingab, so war das bei seinen imperialistischen Amtsgenossen, wie Grey und Asquith, gewiß nicht der Fall. Der Gegensatz zeigte sich schon bei der Formulierung des Vorschlages, den die britische Regierung der Friedenskonferenz behufs Einschränkung der Schiffsbauten machen wollte. Mochte man sich auch über einen Schlüssel einigen, so war es doch unklar, wie auf den Werften und in den Arsenalen die Erfüllung der allseits gemachten Zusage zu überwachen wäre. Es war nicht daran zu denken, daß etwa Japan Einblick in seine

¹⁾ „Die britische Weltmacht. Eine politische Analyse“ von Rudolf Kjellén. „Neue Freie Presse“ vom 11. August 1918.

Rüstungen gewähren würde; aber welche andere Macht würde unbedingt aufrichtig sein? Der englische Marineminister Lord Tweedmouth war überhaupt der Ansicht, daß man sich nicht der Loyalität der anderen Staaten ausliefern könne. Die Meinungsverschiedenheiten im Ministerium waren so groß, daß sich zum Kummer des Premiers eine Einigung nicht erzielen ließ. Daher unterblieb der ursprünglich beabsichtigte Vorschlag Englands.

Indessen hielt es Grey für angezeigt, die Pazifisten in ihrem Bemühen zu ermutigen. Deren Führer Stead unternahm eine Rundreise durch Europa, um auf Regierungen und Völker einzuwirken. Vor Antritt seiner Fahrt, so erzählte Stead später mit aller Bestimmtheit, sagte ihm Grey seine Unterstützung zu. Der Staatssekretär gehörte zwar zu den Zweiflern, aber er befand sich in der schwierigen Lage, die eigene Skepsis und die gläubigen Hoffnungen des Ministerpräsidenten nach außen hin möglichst in Einklang bringen zu sollen.

Aus dieser Verlegenheit wurde die englische Regierung durch das Berliner Kabinett befreit. Dieses erklärte sich im April 1907 von vornherein gegen das Erörtern der Rüstungsfrage auf der internationalen Konferenz. Es begründete die Ablehnung mit den erwähnten sachlichen Schwierigkeiten und fügte hinzu, daß Deutschland nicht beabsichtige, das vom Kaiser und vom Reichstag vereinbarte Flottengesetz fallen zu lassen. Die deutsche Regierung werde sich an einer Verhandlung über die Frage nicht beteiligen; sollten auf der Konferenz Beschlüsse gefaßt werden, so behalte sie sich deren Prüfung vor. Dieses offenherzige Nein ersparte den ebenso urteilenden Regierungen, die aber lieber mit ihrer Meinung zurückhielten, das Eingehen auf die Sache. Den Deutschen wurde die Verantwortung zugeschoben, daß die wichtige Frage nicht auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz kam.

Der Offenheit des deutschen Charakters widerstrebte es, sich zum Fangballspiel mit schönen Redensarten herzugeben; es war aber unflug, die Erörterung von vornherein abzuweisen. Am besten wäre es gewesen, ruhig zu warten, wie die Dinge liefen, und darnach das eigene Verhalten einzurichten. So aber forderte Deutschland die Entrüstung der aufrichtigen Pazifisten und die heuchlerischen Vorwürfe aller derjenigen heraus, die in der Sache zwar ähnlich dachten, aber sich den Anschein gaben, ihre edlen Absichten würden vom Berliner Kabinett vereitelt. Hier setzten die Anklagen gegen den preußischen Militarismus mit gutem Grunde ein.

Die Konferenzverhandlungen im Haag

Unter diesem Zeichen standen die vom 15. Juni bis zum 15. Oktober 1907 währenden Beratungen der Haager Friedenskonferenz, die vom ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Léon Bourgeois geleitet wurden. Nach dem Urteil der Baronin Suttner, die neben Stead an der Spitze der Friedensbewegung stand, war der deutsche Vertreter, Marschall von Bieberstein, nicht bloß der scharfsinnigste Redner der Versammlung, sondern förderte auch durch seine Sachkenntnis die positiven Arbeiten, wiewohl er auf Grund der ihm erteilten Weisungen zu weitgehenden Wünschen entgegentreten mußte. Dagegen wurde Stead durch die Haltung der amtlichen englischen Vertreter arg enttäuscht, deren Gleichgültigkeit für die Friedenssache allgemein auffiel. Stead schreibt darüber: „Ich stand in fortwährendem Verkehr mit allen führenden Mitgliedern der Konferenz, mit Ausnahme der englischen Delegierten, zu denen ich mehr oder weniger in Gegensatz geriet infolge der seltsamen Anweisungen, die sie für die Konferenz erhalten zu haben schienen. Grey hatte sie offenbar angewiesen, das Gegenteil alles dessen zu tun, was er mir versprochen hatte. Statt daß die englischen Vertreter in der Friedenskonferenz die Führung hätten übernehmen sollen, blieben sie im Rückstand und ließen den ersten Platz Deutschland und Amerika. Eine kläglichere und schändlichere Niederlage habe ich selten gesehen¹⁾.“

Einen genaueren Bericht gibt Bertha von Suttner in ihren gleichzeitigen Aufzeichnungen; sie schrieb im Haag August 1907 folgendes nieder²⁾: „... Am peinlichsten waren die amerikanischen und englischen Friedensfreunde von der matten und ablehnenden Haltung der britischen Delegierten berührt. In seiner unerschrockenen Art gab Stead seiner Enttäuschung — mehr noch seiner Entrüstung — darüber Ausdruck. Von der liberalen Regierung seines Landes, die durch den Mund des Premiers und des Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, so

¹⁾ Stead kam beim Untergange des Dampfers Titanic am 14. April 1912 ums Leben. Nach seinem Tode gingen Auszüge aus seinen Aufzeichnungen durch die englische Presse; das obige Zitat ist der „Kölnischen Zeitung“ entnommen.

²⁾ Bertha v. Suttner, „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges. Randglossen zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe.“ Herausgegeben von Alfred H. Fried, Zürich 1917, Band II, S. 41.

entschieden dafür eingetreten war, daß England sich „an die Spitze einer Friedensliga der Staaten“ stellen sollte, hatte man eine andere Rolle auf der Haager Konferenz erwartet. Stead regte eine Aktion unter den englischen Parlamentariern an; und in der Tat: eine Deputation, geführt von Lord Weardale und William Randal Cremer (seit kurzem Sir William Cremer) begab sich zu Campbell-Bannerman und Minister Grey, um sie in dieser Angelegenheit zu interpellieren. Stead reiste auch selbst nach London und kam der Sache auf den Grund. Die Instruktionen der britischen Delegation waren ihr von den Funktionären des Auswärtigen Amtes gegeben worden, die noch vom vorigen imperialistischen Regime her in Stellung geblieben sind und daher in ihrem Geiste die Delegierten zu der passiven und ablehnenden Haltung verpflichteten, die sie im Haag beobachteten. Jetzt war die Sache aufgeklärt, und der Premier hat selbst neue Instruktionen geschickt, so daß die englischen Delegierten — nicht nur zur allgemeinen, sondern auch zu ihrer eigenen Befriedigung — nunmehr in liberaler Weise für das permanente Tribunal und andere Vorschläge eintreten¹⁾.“

Aus diesem Berichte geht hervor, daß sich Grey gegen die Vorwürfe damit verteidigte, daß er die Schuld den Weisungen beimäße, welche die noch aus der konservativen Zeit her tätigen Beamten ausgearbeitet hatten. Das glaube, wer will! Underthhalb Jahre waren seit dem Regierungswechsel ins Land gegangen, die Welt war voll von den auf die Konferenz gesetzten Erwartungen, die Minister und die britischen Vertreter berieten miteinander wiederholt über die einzunehmende Haltung — und da sollte man ganz übersehen haben, daß die geltenden Weisungen nicht den von Grey verfolgten edlen Absichten entsprachen? Vermutlich stand es so, daß Grey mit den Imperialisten des früheren Kabinetts innerlich einverstanden war, daß er die in ihrem Geiste erlassenen Weisungen nicht auffallend fand und erst infolge der Beschwerden der Pazifisten auf Wunsch Campbell-Bannermans einlenken mußte. Stead

¹⁾ Übereinstimmend damit schrieb der Londoner „Evening Standard“. „Auf der Haager Konferenz war Baron Marshall die dominierende Persönlichkeit. Neben ihm schienen die schlauen Slawen und die geschickten Romanen ganz nichtsagend, und selbst Mr. Choate (Vertreter Amerikas) wurde in den Schatten gestellt, während Sir Edward Fry (erster Bevollmächtigter Englands) eine trockene und pergamentgleiche Figur wurde. In dem ungleichen Wettkampf kamen wir (d. h. England) schlecht auf unsere Rechnung.“ Vgl. den Artikel „Marshall von Bieberstein“ von Brauer in A. Bettelheim, „Biographisches Jahrbuch“, XVII. Band, S. 217, Berlin 1915.

söhnte sich darauf mit ihm aus, wie aus einigen seiner, der Politik Grey gewidmeten Aufsätze hervorging.

Unter diesen Umständen kam es im Haag nur zu Verabredungen von minderer Wichtigkeit. Indessen hätten die gefaßten Beschlüsse ersprießlich wirken können, wenn sie nicht beim Ausbruche des Weltkrieges in alle Winde verfliegen wären. Im Haag wurde zugunsten der Neutralen ausgemacht, daß ihre Küstenschiffahrt und ihre Fischerei nicht gestört werden dürfe, ebensowenig ihr Postverkehr. England setzte sich jedoch sofort zu Beginn der Feindseligkeiten 1914 über die wohlgemeinten, von ihm genehmigten Vertragspunkte hinweg. Etwas abweichend war das Schicksal, das dem Plan eines internationalen Preisengerichtshofes zuteil wurde, der in letzter Instanz über nach Kriegerecht aufgebrachte Schiffe entscheiden sollte; auf der Konferenz kam es zwar zur Einigung darüber, aber der Entwurf wurde von der englischen Regierung nicht genehmigt¹⁾.

*

Das Seekriegs- und Seebeuterecht

Äußerst wichtig war das Ergebnis der Beratungen über das Seekriegsrecht. Dieses Gebiet hatte an der mit Hugo Grotius beginnenden Entwicklung

¹⁾ Die englische und französische Literatur über Abrüstung und Schiedsgerichte ist sehr reich, aber die politischen Hintergründe werden in ihr wenig behandelt. In den Büchern von Murray und Veggie, wie in dem Werke von R. S. Græton, "A modern history of the English People" (2 Bände, London 1913) werden die die englische Regierung auf der Haager Konferenz bloßstellenden Vorgänge — wie die Londoner Seerechtskonferenz — einfach mit Schweigen übergangen. Murray und Veggie schildern Grey als das Muster eines friedliebenden, gerechten, der Sache der Abrüstung unbedingt ergebenen Mannes. Ob Grey nun diese Idealgestalt war oder nicht: in Büchern, die über die englische Politik handeln, dürfen Haupttatsachen aus seiner Wirksamkeit nicht unter den Tisch fallen gelassen werden. Dasselbe geschieht in dem bereits erwähnten französischen Hauptwerk über die Zeit, in Debidours "Histoire diplomatique de l'Europe" (seit 1878), 2 Bände, das nur für die französische Politik von Belang ist, dagegen über das Verhältnis Englands zu Deutschlands und über alle Flottenfragen nur oberflächlich unterrichtet. In den Verzeichnissen über die von Debidour benutzten Quellen fehlen so ziemlich alle wichtigeren englischen Bücher, so auch die drei obengenannten. Debidour — Professor an der Pariser Universität — ist, wie viele seiner französischen Fachgenossen, ob des leichten literarischen Gepäcks zu beneiden, mit dem sie sich auf den Weg zur Arbeit begeben.

des Völkerrechtes keinen Anteil; die Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1856 blieben ein dürftiger Ansatz. Begreiflich genug: das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen Gemeinwesen, die sich gegenseitig als gleichberechtigt ansehen, während auf dem Meere England gebot und sich keine Schranken auferlegen ließ. Das galt besonders in bezug auf das Privateigentum. Großbritannien wollte nicht zugeben, daß das auf der See schwimmende Eigentum eines von ihm bekriegten Staates nicht angetastet werden dürfe; ebensowenig war der Privatbesitz der Bürger neutraler Staaten vor seinen Griffen sicher. In diesem Punkt hat sich der Brauch von dem, was in alter Zeit Seeräuber verübt haben, nicht geändert, obwohl dies im Widerspruch mit den Ideen von Gesittung und Recht steht, die sich im Laufe der Jahrhunderte Bahn gebrochen haben. Das fühlte auch der billiger denkende Teil des englischen Volkes, weshalb sich die linksstehenden Gruppen des Parlaments der Notwendigkeit von Reformen nicht verschlossen. Das war jedoch in den Augen der Imperialisten so gut wie Selbstmord, da England damit seine schärfste Waffe aus der Hand gab. So dachte auch Grey, der am 6. Februar 1908 im Parlament sagte: „Wenn das Privateigentum (im Kriege) unantastbar wäre, so wüßte ich nicht, wie jemals ein Krieg beendet werden könnte.“

Aus dem Ringen dieser Anschauungen ergab sich, je nachdem die eine oder die andere Partei überwog, ein Schwanken der englischen Politik. Das endgültige Ergebnis konnte jedoch nur diejenigen überraschen, die sich über die Natur der britischen Seeherrschaft einer Täuschung hingaben. Zunächst hatten im liberalen Ministerium die Fürsprecher der Reform die Oberhand. Demgemäß sprach England auf dem Friedenskongreß grundsätzlich die Geneigtheit zu Milderungen des Seebeuterechtes aus. Es wollte aber nicht so weit gehen wie die Staaten des Festlands, so daß man nur zu einigen allgemeinen Sätzen gelangte, die von England mit Vorbehalten angenommen wurden. Indessen sprach es seine Bereitwilligkeit aus, die Sache auf einer besonderen Konferenz zu fördern.

Die Seerechtskonferenz trat am 24. Dezember 1908 in London zusammen. Hier ließ die englische Regierung zur angenehmen Überraschung der Teilnehmer ihre Einwendungen fallen, und die Grundsätze eines billigen Seerechts wurden formuliert. Nach eindringlicher Erörterung aller Fragen einigte man sich auf die Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909. Soweit wäre alles gut gegangen; als es aber zur Bestätigung des Entwurfs durch die einzelnen Staaten kam, gerieten die

Dinge ins Stocken. In Großbritannien setzte eine starke Bewegung gegen die Annahme der Beschlüsse ein, damit sich England für den nächsten Krieg nicht die Hände binde. Wohl ließ sich das Unterhaus nicht irre machen und sprach die Zustimmung aus. Im Oberhaus aber erklärten die Redner der konservativen Mehrheit, das sei unvernünftige Schwäche, nicht weit entfernt von Verrat an der Sache der Seeherrschaft. Die Vorlage wurde dann von den Lords verworfen und war damit begraben. Das liberale Kabinett machte keine Anstrengungen, den eigenen Antrag zu retten. Das lag an den allgemeinen Verhältnissen, an der von den Imperialisten genährten, sich immer mehr und mehr verbreitenden Kriegsfurcht. Im besonderen aber war der Rücktritt und bald darauf folgende Tod des Premierministers Campbell-Bannerman (1908) verhängnisvoll. Asquith wurde sein Nachfolger, der als Imperialist andere Sorgen hatte als die Umstimmung des Hauses der Lords. Den ihm gleichgesinnten Kollegen war die Niederlage im Oberhaus willkommener als der Sieg, den die Regierung bei den Abgeordneten davongetragen hatte. Nur die Milderungen des Seebeuterechts, die schon auf der Haager Friedenskonferenz beschlossen worden waren, blieben in Kraft, aber im Weltkrieg schritt England auch über diesen Teil des Völkerrechts hinweg.

*

I n t e r n a t i o n a l e S c h i e d s g e r i c h t e

Bei diesen Enttäuschungen der Friedensfreunde war es für sie noch ein Labsal, daß auf dem Haager Kongreß wenigstens die Einsetzung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes vereinbart wurde. Er ist auch ins Leben getreten und war die beste Frucht der Beratungen. Die Befriedigung über die Annahme des Prinzips kühlte sich allerdings stark ab, als es zur Aussprache über den Kreis der dem Schiedsgericht vorzuliegenden Streitfälle kam.

Der heiße Wunsch der Pazifisten ging auf ein obligatorisches Schiedsgericht, dem sich jeder Staat in jeder noch so großen Sache zu fügen hätte. Überließ man es den Mächten, sich von Fall zu Fall an den Schiedsgerichtshof zu wenden, so war durch das Zierstück nicht

viel für den Weltfrieden geleistet. Die Vermeidung künftiger Kriege durch schiedlichen Austrag war der Sprung ins Himmelblaue, den die Pazifisten von dem Kongresse erwarteten. Diese Hoffnung wurde von der Regierung keines einzigen Staates geteilt. Sie alle wußten, daß nach der Lage der Dinge kein großes Volk, sobald sein nationales Leben, seine Ehre in Frage käme, auf die Entscheidung durch die Waffen verzichten werde. Indessen bemühte man sich, eine allgemeine Formel für die Verpflichtung zu finden, Streitigkeiten vor den Schiedsgerichtshof zu bringen. Ein Antrag dieses Sinnes wurde von mehreren Staaten eingebracht, aber schon darin waren die Ausnahmen von dem Zwange der Anrufung umfänglicher als die Fälle, die der Regel unterlagen. Der Vorschlag ging nämlich dahin, die vertragsschließenden Staaten sollten sich verpflichten, „der Schiedsgerichtsbarkeit die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten zu unterbreiten, die juridischer Natur sind oder sich auf Auslegung der zwischen den Vertragsmächten bestehenden Verträge beziehen, wofern diese Streitigkeiten auf direktem diplomatischen Wege nicht beigelegt werden konnten und weder die wesentlichen Interessen noch die Unabhängigkeit der streitenden Parteien noch die Interessen dritter Mächte berühren.“ Diese Formel war von gähnender Leere und Inhaltlosigkeit, ganze Wagenladungen von Ausflüchten hatten in ihr Platz. Denn die Pflicht, ans Schiedsgericht zu gehen, war nicht vorgeschrieben, sobald es sich um „die wesentlichen Interessen und die Unabhängigkeit“ eines Staates handelte. Das war kein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand, da es auch schon in den ältesten Zeiten vorgekommen war, daß sich zwei Staaten schiedlich vertrugen. Die Antragsteller fühlten das selbst, deshalb schlugen sie außerdem auch eine Aufzählung derjenigen Gegenstände vor, bei denen es nicht auf die Unabhängigkeit eines Staates anzukommen pflegt, die also dem Schiedsgerichtshofe unterbreitet werden mußten. Ins Auge gefaßt wurden Streitigkeiten über Handel, Schifffahrt, Eisenbahnen, Telephonwesen, Maß, Münze und ähnliches. Das waren noch immer umfassende Gebiete, auf denen zudem die Lösung oft noch schwieriger ist als auf dem politischen Felde. Es wäre also eine große Sache gewesen, wenn sich alle Staaten von vornherein in diesen Dingen dem schiedlichen Austrage bindend unterworfen hätten.

Als nun der Vorschlag vor die Konferenz kam, erklärten sich 32 Staaten dafür, 9 dagegen, 3 Staaten (Italien, Japan, Luxemburg) enthielten sich der Abstimmung. Die Ablehnung wurde ausgesprochen von Deutschland, Osterreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Griechenland,

Montenegro, Rumänien, der Schweiz und der Türkei, also von den zwei Mittelmächten, sämtlichen Balkanstaaten, dann von der Schweiz und Belgien. Für die Minorität führte Deutschland das Wort. Freiherr von Marschall entwickelte folgende Gesichtspunkte. Deutschland sei ebenso wie die Staaten der Mehrheit für obligatorische Schiedsgerichte eingenommen, was schon aus dem Umstande erhelle, daß es selbst derartige Verträge geschlossen habe, darunter kürzlich einen mit England. Doch scheine es seiner Regierung verfrüht, allen Staaten gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen, und deshalb stimme sie gegen den vorgeschlagenen Weltvertrag. Der von Deutschland erhobene Einwand ging von der Annahme aus, daß Staaten niedriger Kultur sich künftighin jeder Leistung entziehen würden, wenn sie die Möglichkeit besäßen, zu dem gewöhnlich langwierigen Verfahren vor dem Schiedsgerichtshof Zuflucht zu nehmen. Damit aber hatte die deutsche Regierung den Antrag allzu ernst genommen. Es lag auf der Hand, daß er, auch wenn zum Beschluß erhoben, bei seinen vielen Wenn und Aber keine besonderen praktischen Wirkungen erzielt hätte. Das wußten auch die Staaten der Mehrheit, aber sie wahrten klugerweise das Gesicht. Je mehr Geist und Gründlichkeit Marschall von Bieberstein entwickelte, desto stärker war der Eindruck, daß Deutschland Schuld daran trug, wenn der Weltfriedensvertrag nicht zustande kam. Es war aber zu bedenken, daß nicht bloß die Balkanstaaten, sondern auch die Schweiz und Belgien mit Deutschland und Österreich-Ungarn stimmten. Bei den jungen Gemeinwesen des Südostens lag der Beweggrund in der Absicht, bei nächster Gelegenheit gegen die Türkei, vielleicht auch gegen Österreich-Ungarn loszuschlagen; sie wollten sich an dem Heiligen Kriege behufs nationaler Einigung durch kein Schiedsgericht der Welt hindern lassen. Die Schweiz aber und Belgien? Sie waren friedlich gesinnt, eben deshalb widerstrebte es ihnen, sich an der durchsichtigen Friedenskomödie zu beteiligen.

Das Ergebnis war folgendes. Es wurde kein eigentlicher Beschluß gefaßt, der Kongreß gab bloß eine Erklärung ab, diese freilich einmütig, daß alle Staaten in der Anerkennung des Wertes obligatorischen Schiedsverfahrens übereinstimmten; nur Meinungsverschiedenheiten juristischer Natur hätten den Abschluß eines Weltvertrages verhindert. Ebenso einstimmig erfolgte die Einsetzung des ständigen Schiedsgerichtshofes mit dem Sitze im Haag, dessen Anrufung aber keinem Zwange unterlag. Dieses Gericht wurde späterhin mehrfach in Anspruch

genommen und fällte, unter dem Vorhitz des österreichischen Rechtsgelehrten Heinrich Lammasch, eine Reihe von Urteilen zur Schlichtung von mitunter gefahrdrohenden Streitigkeiten. Indessen handelte es sich dabei nie um internationale Lebensfragen, nie um einen Fall, der voraussichtlich einen Krieg hervorgerufen hätte. Doch wirkte der hohe Gerichtshof als Vorprobe eines die Menschheit künftig wirklich umspannenden Gerichtes¹⁾.

Ein Wort noch über die von der deutschen und von der englischen Regierung befolgten Methoden. Deutschland hielt sich von vorneherein ausschließlich an das praktisch Durchführbare und lehnte nebelhafte Verheißungen ab. Darin zeigte sich ein Gradsinn, der sich an den Schlagworten der Zeit wund stieß. Das Zusammengehen mit der Mehrheit des Friedenskongresses würde zwar an dem Ergebnisse nichts geändert haben, wäre aber dem Ansehen Deutschlands in der Welt sehr nützlich gewesen. Das Deutsche Reich schien sich dem Wehen des aufwärts strebenden Menschengestes zu verschließen und setzte sich dadurch in den Augen vieler ins Unrecht. Das gehörte zu den im 20. Jahrhunderte von der deutschen Diplomatie begangenen Fehlern. Darin kam der Offizierscharakter der Politik des Reiches zum Ausdruck, der aus Achtung vor dem gegebenen Wort die Übernahme einer Scheinverpflichtung ablehnte; es war aber doch auch ein Mangel an Biegsamkeit, ein geringes Verständnis für die Zeitströmungen, was sich durch die Vereinsamung des Deutschen Reiches straste, die sich zunächst noch nicht politisch, wohl aber im Reiche des Geistes fühlbar machte. Die Gradheit der deutschen Natur, die allem Scheinwesen abhold ist, gereichte seiner Politik zum Nachteil.

Anders die englische Diplomatie. Nach dem ersten, sie bloßstellenden Schwanken schlug sie sich zu den Pazifisten und ging scheinbar sogar auf solche Forderungen ein, die der britischen Seeherrschaft Opfer auferlegten. Sie beteiligte sich an der Arbeit für einen Präsenzgerichtshof und selbst an der Reform des Seebeuterechts. Dann freilich, als die Welt von den edlen Absichten mindestens der Regierungspartei den besten Eindruck gewonnen hatte, stellten sich Hindernisse ein, lezten Endes versagte das amtliche England seine Zustimmung. Der Welt gefiel dieses Vorgehen besser als das der Deutschen, da sie darin eine Huldigung für die Zeitideen sah. Wer tiefer blickte, ließ

¹⁾ Alfred H. Fried, „Handbuch der Friedensbewegung“ (2. Auflage, Berlin und Leipzig 1911), Band I, S. 240—269.

sich allerdings durch den Schein nicht täuschen, aber auf der großen Bühne der Politik wirken wie im Theater Prachtgewänder, edle Faltenwürfe und schöne Gebärden, kurz die Behelfe, auf die in bestimmten Rollen kein guter Schauspieler verzichten wird. In dem vorliegenden Falle standen die Dinge zudem so, daß aus der Verhandlung im Haag für die Menschheit etwas Glückhaftes sprießen konnte. Nicht der ewige Friede zwar, aber das Abschleifen der Ecken und Härten des internationalen Rechtes, welches der Gewalt nur allzuviel Spielraum gewährte. Niemand konnte hinter den die Zukunft verhüllenden Vorhang blicken, es war aber ratsam, sich seinem Aufziehen nicht zu widersetzen und den Ausblick auf ein freundlicheres Weltbild offen zu halten.